

# blick nach

# rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 14, 13. Juli 2000

## Einblicke

### Symbolische Geste

Von Heiner Lichtenstein

**B**uchstäblich in letzter Stunde, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, hat der Bundestag grünes Licht für ein Gesetz zur Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter gegeben. Damit können nun die ersten der wohl rund eine Million lebender Sklavenarbeiter mit Zahlungen noch in diesem Jahr rechnen. Das ist ein gutes Zeichen und zeigt, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder zu halten versucht, was er verspricht.

Im Gegensatz dazu hat die Mehrzahl der deutschen Unternehmen versagt. Mehr als 200 000 Firmen wurden von der Stiftungsinitiative angeschrieben. Gerade mal knapp 3 000 haben positiv reagiert. Das sind weniger als 1,5 Prozent, was die Sprecher aller Fraktionen zu Recht kritisierten. Möglicherweise kommt der eine oder andere Betrieb hinzu, aber insgesamt ist es eine Schande, zumal die immer wieder eingeforderte Rechtssicherheit vor Klagen nun gegeben ist.

Für die Opfer sind die 5 000 bis 15 000 DM, die sie nun bekommen werden, freilich keine Entschädigung. Es handelt sich allenfalls um eine Geste mit hohem symbolischen Wert: Euch ist Unrecht angetan worden. Wir bitten dafür um Entschuldigung und bieten eine kleine Summe an. Das ist für viele Überlebende fast so wichtig wie das Geld, das sie - alt und oft krank - dringend brauchen.

Dass einige Unionspolitiker während der Abschlussdebatte meinten, an deutsche Zwangsarbeiter erinnern zu müssen, beweist nicht gerade historische Kenntnis. Von den etwa 10 Millionen Frauen und Männern, die gezwungen waren, den Nazis die Fortführung des Raubkrieges zu ermöglichen, haben viele nicht überlebt. Die Deutschen, die nach der Befreiung in Ost-, aber auch in Westeuropa helfen mussten, verwüstete Städte und Dörfer wieder aufzubauen, durften unter völlig anderen Bedingungen leben und überleben. An sie als späte Naziopfer zu erinnern, gehört in einen anderen Zusammenhang und war in der oft emotionsgeladenen Debatte fehl am Platz.

### „Nahtstelle“ zur Gewalt

An rechtsextremen Übergriffen sind immer wieder Funktionäre und Anhänger der NPD beteiligt. **Seite 2 ■**

### In feiner Gesellschaft

Die Mitglieder der von der Polizei ausgehobenen Gruppierung Skinheads Sächsische Schweiz waren in der Region bestens verankert. **Seite 3 ■**

### Ein Gewissen der Nation

Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird 50 Jahre alt. **Seite 4 ■**

### Hass-Seiten im Internet

Über die Strafbarkeit von volksverhetzenden und neonazistischen Texten im Internet haben Deutschland und die USA sehr unterschiedliche Auffassungen. **Seite 6 ■**

### Wandelnde Positionen

Das nationalrevolutionäre Blatt „wir selbst“ positioniert sich gerne als „jenseits von links und rechts“. **Seite 8 ■**

### Meldungen

**Seite 14 ■**

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information  
und Dokumentation e.V.  
Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel  
Redaktion: Gabriele Nandlinger

**Aktivitäten****Die „Nahtstelle“**

**Auch Funktionäre und Anhänger der NPD sind immer wieder an rechtsextremen Gewalttaten beteiligt.**

In der Neonazi-Szene wächst nach Einschätzung des Verfassungsschutzes die Terror-Bereitschaft. Der neue Chef des Bundesamtes, Heinz Fromm, erklärte dieser Tage, es gebe „Ansätze für das Entstehen terroristischer Strukturen“. Der Verfassungsschutz wisse von „Neonazis, die sich auf den bewaffneten Kampf vorbereiten“. Ausdrücklich betonte er, dass NPD/JN eine „Nahtstelle zum gewaltbereiten Spektrum“ geworden seien.

Sorgen bereitet den Verfassungsschützern deshalb auch die zunehmende Verzahnung von NPD und ihrer Jugendorganisation JN mit den bundesweit zirka 150 freien Kameradschaften, von denen eine latente Gewaltbereitschaft ausgeht.

In der „Sachsenstimme“, dem Organ des NPD-Landesverbandes Sachsen, erklärte dessen Vorsitzender Winfried Petzold im Januar: „Volkstreue Jugend schließt sich zunehmend in freien Kameradschaften zusammen. Diese bilden wichtige politische Vorfeldorganisationen für unsere Partei.“

Eine Rolle als Vorfeldorganisation der NPD spielte die jetzt von den Behörden ausgehobene Gruppe Skinheads Sächsische Schweiz (SSS). Mitglieder der SSS bewachten NPD-Infostände, klebten Plakate und spielten Ordner bei Veranstaltungen. SSS-Mitglied ist auch der durch Medienberichte bundesweit bekannte NPD-Stadtrat Uwe Leichsenring (Königstein), seit 1990 Mitglied der Nationaldemokraten. In einem Interview bekannte Leichsenring unverhohlen: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung ... Aber es geht auch darum Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand-Ost kommt.“

Bereits kampferprobt ist Carsten Szczepanski, Vorstandsmitglied des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und dort zuständig für den Bereich Organisationsleitung. Der unlängst aus der JVA Brandenburg entlassene einstige Kopf des Grüppchens White Knights of the KuKluxKlan/Realm of Germany war einer der Hauptverantwortlichen, als im Mai 1992 ein nigerianischer Asylbewerber von

Neonazis in Wendisch-Rietz brutal zusammengeschlagen wurde, mit der Absicht, ihn zu ertränken. Wie jetzt bekannt wurde, war Szczepanski seit Jahren dem Verfassungsschutz als Spitzel zu Diensten.

Bei der Leitung des Referates Organisation steht ihm Reinhard Golibersuch zur Seite. Dem Anmelder einer gewerkschaftlichen Demo gegen Neonazis in Wilhelmshaven drohte Golibersuch, einst Kader der verbotenen Kühnen-Mannschaft Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA): „Sie und Ihre Mitstreiter sind in Blauäugigkeit dabei, ein riesiges Pulverfass zu füllen, an dass irgendwann irgendjemand ein Streichholz halten wird. Wer das sein wird, ist sicherlich dann nebensächlich.“

Weggefährte des verstorbenen Neonaziführers Michael Kühnen und damaliger Gauleiter der Wiking-Jugend war auch der jetzige NPD-Unterbzirksvorsitzende von Lüneburg, Manfred Börm, zuvor Freier Nationalist. Der wegen rechtsterroristischer Aktivitäten verurteilte Börm organisierte im Juni letzten Jahres in Niedersachsen eine öffentliche Veranstaltung mit dem einstigen Rechtsterroristen Peter Naumann, vormals stellvertretender JN-Bundesvorsitzender. Vor Ort bei der Veranstaltung waren auch die Hamburger Neonazi-Kader Thomas Wulff und Christian Worch.

Im Monat zuvor verübten Neonazis im niedersächsischen Kutenholz einen Überfall auf eine Asylbewerberunterkunft. Mit dabei das NPD-Mitglied Lars Hildebrandt (s. BNR 13/2000).

Funktionäre und Anhänger der NPD wie auch ehemalige Mitglieder liefern bundesweit immer wieder Negativ-Schlagzeilen. Der 18-jährige Andreas Jahn, Ex-NPD-Mitglied, wollte mit zwei anderen Jungmännern am Ostermontag die Synagoge in Erfurt abfackeln. Dank der dilettantischen Ausführung des Anschlags blieb diese jedoch heil.

Auch der Versuch von zwei Sympathisanten der NPD im Juni, in das IG Metall-Büro im schleswig-holsteinischen Elmshorn einzusteigen, schlug fehl. Die zwei 17- und 21-jährigen Neonazis wurden von der Polizei festgenommen. In der Wohnung eines der beiden Männer fand die Polizei NPD-Plakate. Beim Anschlag auf ein islamisches Gebetshaus Ende Juni in Gera war auch der thüringische NPD-Funktionär Jörg Krautheim in Tatverdacht geraten. Er bestreitet allerdings den Vorwurf und will sich zur Tatzeit lediglich zufällig in der Nähe des Gebäudes aufgehalten haben. *Anton Maegerle*

## Aktivitäten

## Örtliche Kumpaneien

**Die Skinheads Sächsische Schweiz traten mit öffentlichen Aktionen hervor. In der Region waren sie zum Teil wohlgekommen.**

Im Rahmen einer Razzia gegen die Organisation Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) wurden am letzten Juni-Wochenende unweit Dresdens 51 Wohnungen durchsucht. Bezüglich der SSS war im Mai vergangenen Jahres eine Sonderkommission namens „Elbsandstein“ gegründet worden, knapp zwei Monate nach einer Kleinen Anfrage im Landtag, die auf die Organisation aufmerksam machte. Neben einem wohl eher zufälligen, aber alles andere als unbedeutenden Waffenfund in einer Garage, Beobachter gehen von einem weiteren, weitaus besser getarnten Lager aus, wurde jede Menge Propagandamaterial, CDs, Software und NS-Nippes, wie Hitler-Büsten, gefunden.

Die als Quasi-Ordnungsmacht tätigen SSSler waren mit ihren zirka 100 Mitgliedern ein unübersehbarer Fakt in der Sächsischen Schweiz. Neben auch in Tschechien abgehaltenen Wehrsportübungen, Konzerten, Bildungsabenden undsoweiter gab die Organisation zwei Zirkulare heraus, „Freundschaft“ und „Parole“. Letztere, „Die Schülerzeitung aus der Sächsischen Schweiz. Der Satireknüller für Schüler“, strotzte vor offenem Antisemitismus. Das schlecht gemachte Faltblatt, welches weit an Schulen gestreut wurde, war selbstverständlich „umsonst, wir sind ja keine J...!!!“

Öffentlich wahrnehmbar waren die SSS sowie deren Nachwuchsgruppierung SSS/Aufbauorganisation immer. So klebten sie zum 9. November 1999 Plakate mit einem klaren Bekenntnis zu diesem deutschen Datum. 1923 waren es „16 Freiheitskämpfer (...) fielen sie feigen Verrätern zum Opfer.“ Man gedachte „dem feigen Anschlag des Juden Herschel Grynszpan am 7.11.38“. Dieser „ließ die Emotionen im Deutschen Reich gegen die Rassegnossen Grynszpans außer Kontrolle geraten.“ Nach dem „Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989“ bestünden nun „Pflicht und Recht, die Einheit mit Ostdeutschland und der Ostmark wieder herzustellen! Ein 9. November wäre denkbar...“

Als wäre es eine Neuigkeit, stellten Landeskriminalamt und Presse fest, dass es bei den SSS-Mitgliedern um keine outcasts handelt, die aus schwie-

rigen sozialen Verhältnissen kommen, mit denen immer vieles erklärt und entschuldigt werden kann. Es waren Kinder von Juristen, Polizisten und BGS-Beamten unter den Skins. Vor einigen Monaten äußerte ein LKA-Beamter in einer öffentlichen Diskussion in Leipzig, es gäbe in Ostsachsen Ortschaften, die seien „so braun bis zum Bürgermeister“, da „ist alles zu spät“.

Aufsehen erregte der Fall des Besitzers der Garage, in welcher die Waffen gefunden worden waren. Der Installateur Michael Jacobi ist ein angesehener Mann in der Gegend und für die Freie Wählergemeinschaft tätig. Jacobis Söhne, Matthias und Roland, stehen ebenfalls fest im Leben. Der eine als Klempner beim Vater, der andere als Bankkaufmann bei der Sparkasse Pirna-Sebnitz. Beide gehörten der SSS an, Roland sogar als Mitglied des Führungszirkels, als Member.

Das LKA bezeichnet „die größte Skinhead-Organisation Sachsen“ inzwischen als aufgelöst, kommt aber ins Schlingern, wenn es um die Herkunft der SSS geht. Sie sei zwar von Ex-Mitgliedern der Wiking-Jugend gegründet, könne aber nicht als Nachfolgeorganisation betrachtet werden. Dabei sind die Übereinstimmungen deutlich. Die knapp einviertel Jahre nach Verbot der WJ gegründete Organisation betrieb ebenso Wehrsportübungen in Ostsachsen, die Propaganda und die inhaltliche Ausrichtung sind auffallend ähnlich. Hießen die Gruppierungen der WJ noch „Horste“, so nannte man sie nun „Riegen“. Die gute Zusammenarbeit mit der NPD dokumentiert zum Beispiel ein Brief vom 13.10.1998, in dem sich der NPD-KV Sächsische Schweiz für die „hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen und Infotische“ durch die SSS und die SSS/AO anlässlich der Bundestagswahl bedankt. Daneben gab es sowohl bei der WJ als auch bei der SSS gute Kontakte zu rechten wie auch zu bürgerlichen Parteien. Gründungsmitglied in beiden Fällen ist das langjährige NPD-Mitglied Thomas Sattelberg. Tagsüber als Sozialpädagoge für Jugendarbeit der AWO unterwegs, inzwischen allerdings beurlaubt, abends Sänger der rechten Band „14 Nothelfer“. Der ehemalige Gruppenführer war einer von drei WJlern, die 1993 an der Gründung der Jungen Union der DSU in Dresden teilnahmen. Wie Frank Kaden in dem internen Buch „Die sächsische Wiking-Jugend“ schreibt, hatte es „seit jeher ein herzliches Verhältnis“ zur Partei gegeben, „so dass die WJ keine Schwierigkeiten hatte, die Geschäftsstelle der DSU... als Gruppenraum mitnutzen zu können.“ Lukas Kilian

**Zwischenruf****Kein Medienthema**

Solange Rechtsextremismus und Nazismus als Domäne Bier trinkender kurz geschorener Dumpfbacken verstanden wird, scheint ihn der eine oder andere als mindere Gefahr abzutun. Das galt bislang offensichtlich auch für den Präsidenten des sächsischen Verfassungsschutzes, der sich einem Pressebericht zufolge nach der erfolgreichen Polizeiaktion gegen die Skinheads Sächsische Schweiz darüber beunruhigt zeigte, „dass die Beschuldigten aus durchaus bürgerlichem Umfeld kommen.“ Das spricht nicht unbedingt für Sachkunde, denn alle Untersuchungen seit der grundlegenden Sinusstudie belegen: der Rechtsextremismus ist ungeachtet politischer Abseitigkeit in der Mitte der Gesellschaft angesiedelt. Der keineswegs von so genannten Randgruppen bevölkerte deutsche Stammtisch, beliebtes Diskussionsforum für Ausländerfeindlichkeit und damit populistischer Politikerwirkung zugänglich, macht immer wieder deutlich, dass Rechtsextremismus mehr ist als ein Trostspender für sozial Deklassierte. Das rechte Schrifttum zeigt das stete Bemühen um geistige Höhenflüge, um die eigene politische Überzeugung unter Volk zu bringen, und die Fähigkeit, sich besser zu artikulieren als die Texte von Skinheadmusik. Der sächsische LKA-Sprecher wirkte nach der Aushebung der SSS in die Wirklichkeit zurückgeholt mit der Erkenntnis: „Da sind intellektuelle Leute dabei“.

Verblüfft hat auch - nachdem Mitgliederzahlen und Gewalttaten in den neuen Bundesländern seit Jahren deutlich über dem Durchschnitt liegen - die scheinbar plötzlich gewachsene Überzeugung bei den Verantwortlichen, nun sei eine energische „klare Auseinandersetzung mit dem Extremismus und seinen Haltungen“ gefordert. Auf die bedrückende Gleichgültigkeit der Medien (die letztlich nur reflektieren, was die Gesellschaft kümmert) wird in makabrer und überpointierter, im Kern zutreffender Weise in einem Kommentar hingewiesen: „Kampfhunde sind ein Medienthema - Totschläger nicht“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 1./2. Juli 2000). Hier wird nach wie vor zu wenig getan. Für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus genügen nicht Mahnwachen und die Überzeugung vom besseren Menschentum, sie bedarf der Argumente. Und die ins Volk zu vermitteln, ist die richtigere Lösung als der Ruf nach Verboten. (K.H.R.)

**Demokratische Initiativen****Gewissen der Nation**

**Am 19. Juli wird der Zentralrat der Juden in Deutschland fünfzig Jahre alt.**

Die Umgebung war schlicht, fast spärlich: auf den alten Holztischen lagen karierte Tischdecken, die Stühle ohne Armlehnen knarrten, die Herren hatten wohl die besten Anzüge aus den Schränken geholt. Heinz Galinski, schon damals asketisch und mit hoher Stirn, Philipp Auerbach, wohlbeleibt mit stets glimmender Zigarre, Norbert Wollheim, der Elegant-Intellektuelle, Leonhard Baer, meistens still und aufmerksam alles registrierend, schließlich Julius Meyer, der äußerlich eher Unscheinbare. Sie waren soeben in Frankfurt am Main in das erste Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland gewählt worden. Man schreibt den 19. Juli 1950. Die Lage in der Bundesrepublik ist für Juden zwiespältig und widersprüchlich. Einerseits, so die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung“ in einer Sonderausgabe im April 1996, „stabilisieren sich die neuen Gemeinden: Gotteshäuser werden wieder oder neu aufgebaut, das kulturelle und religiöse Leben nimmt feste Formen an ... Andererseits ist das Klima noch immer wenig ermutigend. Mit Schrecken registriert die 'Allgemeine', wie viele alte Nazis in wichtigen Positionen der neuen Bundesbehörden sitzen. Das wird auch im Ausland wahrgenommen. Die diversen jüdischen Organisationen dort reagieren unterschiedlich: Der Jüdische Weltkongress beispielsweise eröffnet im Mai (1950) in Frankfurt am Main ein Büro ... Und bei einer Versammlung des Jüdischen Weltkongresses in New York im Oktober (1950) wird gar gefordert, die Beziehungen zu den jüdischen Gemeinden in Deutschland abubrechen. Die Juden in Deutschland sitzen zwischen allen Stühlen.“

Das ist die Lage im Sommer 1950. Kirchen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Parteien, Interessenverbände, Standesorganisationen - alle haben sich seit langem organisiert und Büros in und um die Bundeshauptstadt eingerichtet, nur die Juden noch nicht. Heinz Galinski aus Berlin, erster Vorsitzender des Zentralrats, schrieb nach seiner Wahl am 4. August 1950 in der „Allgemeinen“ euphorisch: „Es gibt für uns weder eine westliche noch eine östliche Organisation. Ob wir in Berlin, Leipzig oder Frankfurt leben - für uns ist das allgemein-jüdische Interesse ausschlaggebend“ Dem freilich machte

die politische Entwicklung in beiden deutschen Staaten bald ein Ende. Der Zentralrat musste sich bei seiner Arbeit auf die Bundesrepublik und West-Berlin beschränken. Die DDR-Regierung verhielt sich den wenigen jüdischen Gemeinden gegenüber anfangs wohlwollend. Das änderte sich freilich bereits Anfang der 50er Jahre und mündete schließlich in üblen Antisemitismus, der Antizionismus genannt wurde.

Um nicht in unmittelbarer Nähe der Bundesregierung zu sein, eröffnete der Zentralrat sein Büro im benachbarten Düsseldorf, 1984 ging er nach Bonn, heute hat er seinen Sitz in Berlin. Galinski beschrieb damals auch, warum die Gründung einer „Dachorganisation“ für die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden knapp 30.000 Juden dringend geboten war. „Alle Fragen, sei es die Versorgung unserer Kranken, sei es die Erziehung unserer Jugend, seien es religiöse und kulturelle Probleme oder Fragen der politischen und wirtschaftlichen Sicherheit unserer Menschen können nur gelöst werden durch das Zusammenwirken aller Verantwortlichen.“

Es ging um jüdische Seniorenheime und Krankenhäuser, wo die oft alten und kranken Holocaust-Überlebenden ihrer Religion entsprechend gepflegt und versorgt werden konnten. Es ging um die Finanzierung von Synagogen und Gemeindezentren, es ging um Hilfen bei der Gründung neuer Existenzen und es ging darum, diesen Wünschen und Forderungen bei Bundesbehörden Nachdruck und Gehör zu verschaffen - Lobbyarbeit also.

Mit der Gründung des Zentralrats vor 50 Jahren begannen die obersten Repräsentanten der Juden in der Bundesrepublik allerdings auch, von einem Mythos Abschied zu nehmen. Kaum jemand konnte sich im Mai 1945 nach der Befreiung vorstellen, dass es im Land der Täter wieder jüdische Gemeinden geben werde. Deshalb hieß es bei Juden zu Hause und in der Öffentlichkeit, man sitze ohnehin auf gepackten Koffern, werde in Kürze die Bundesrepublik verlassen, nach Israel, in die USA oder sonst wohin auswandern. Mit der Gründung des Zentralrats und dem Bau von Synagogen wurde dann freilich unübersehbar, dass Juden sich hierzulande wieder einzurichten begannen. Zögerlich allerdings - auch mit Blick auf das gerade gegründete Israel und mit Rücksicht auf die großen jüdischen Organisationen in den USA, wo mit äußerster Skepsis der Neuanfang beobachtet wurde. In Düsseldorf wollte die jüdische Gemeinde nur

eine sehr kleine Synagoge bauen. Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) ermunterte sie, ein relativ großes Gotteshaus zu errichten - als Zeichen dafür: Wer ein Haus baut, der will bleiben. So entstanden in zahlreichen Städten neue jüdische Zentren, die allerdings alle gemeinsam zumindest ein schier unlösbares Problem hatten - es gab keine Rabbiner. Selbst ein Vierteljahrhundert nach Gründung des Zentralrats, im Sommer 1975, hatte sich daran fast nichts geändert. Generalsekretär Alexander Ginsburg kündigte Verhandlungen mit der Universität Heidelberg über die Gründung eines Judaica-Instituts an, „um die Ausbildung von Rabbinern und anderen Kultusbeamten für die Gemeinden zu gewährleisten.“ Vier Jahre später, also 1979, wurde die „Hochschule für jüdische Studien“ gegründet.

Mittlerweile gibt es in der Bundesrepublik etliche wichtige jüdische Einrichtungen, die der Zentralrat unterstützt. Zu nennen sind unter anderen der „Bundesverband Jüdischer Studenten in Deutschland“, der „Jüdische Frauenbund in Deutschland“, die „Makkabi-Sportbewegung“ und die „Zentralwohlfahrtsstelle“.

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist inzwischen auf fast 100 000 Menschen angewachsen. Paul Spiegel, seit 1999 Präsident des Zentralrats, rechnet in Kürze mit 120 000 Gemeindemitgliedern. Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland wächst damit schneller als jede andere weltweit. 55 Jahre nach dem Holocaust. *Heiner Lichtenstein*

### Hinweis

**Berlin** - Bundesregierung und Berliner Senat, Opfer- und Verfolgtenverbände gedenken in Berlin des 56. Jahrestags des 20. Juli.

Der Veranstaltungsreigen wird mit einem Empfang des Senats von Berlin für geladene Gäste im Roten Rathaus am 19. Juli eröffnet. Abends findet um 20.00 Uhr ein öffentlicher Vortrag von Bischof Prof. Wolfgang Huber zum Thema „Zwischen Bekenntnis und Widerstand. Zur Erinnerung an Eberhard Bethge“ in der Staatsbibliothek statt. Erster Programmpunkt am 20. Juli, um 9.30 Uhr, ist ein Ökumenischer Gottesdienst in der Gedenkstätte Plötzensee. Redner um 12.00 Uhr in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist Bundestagspräsident Wolfgang Thierse. Mit Kranzniederlegungen der Regierung, der Stiftung 20. Juli, des Zentralverbands Demokratische Widerstandskämpfer und der Union Deutscher Widerstandskämpfer in der Gedenkstätte Plötzensee endet das Programm.

**Demokratische Initiativen****Hass-Seiten im Netz**

**Über die Strafbarkeit von volksverhetzenden und neonazistischen Texten im Internet sind sich USA und Staaten wie Deutschland uneinig. Auf einer internationalen Konferenz in Berlin wurde jetzt eine so genannte „Berliner Erklärung“ verabschiedet, in der ein „globaler Wertekonsens“ angestrebt wird.**

Zwar hatte das US-amerikanische Justizministerium wie auch andere US-Regierungsvertreter abgesagt - doch immerhin das FBI war vertreten: So oblag es dem stellvertretenden FBI-Direktor Mike Vatis, den weit über hundert Teilnehmern der internationalen Konferenz „Verbreitung von Hass im Internet“ noch einmal zu erklären, warum von amerikanischer Seite bei der Verfolgung volksverhetzender und neonazistischer Homepages und deren Betreibern nicht viel Hilfe zu erwarten ist.

Was die USA leisten könnten und wollten, so Vatis, sei die Verfolgung so genannter „Hate Crimes“, aber nicht der „Hate Speech“. Gleich in der Einleitung seiner Rede verwies Vatis auf den „fundamentalen Unterschied“ des Verständnisses von Meinungsfreiheit in Deutschland und in den USA. Dieses Recht auf Meinungsfreiheit umfasse das Recht auf die Leugnung des Holocausts nun einmal ebenso wie das der anonymen Verbreitung von Positionen.

Und so machte die prominent besetzte zweitägige Konferenz, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Simon Wiesenthal Center, Los Angeles sowie dem Bundesjustizministerium veranstaltet wurde, wieder einmal vor allem eines deutlich: dass die Staatengemeinschaft von globalen Antworten auf das globale Medium Internet auf absehbare Zeit meilenweit entfernt bleiben wird. Zum unterschiedlichen Verständnis von Meinungsfreiheit gesellt sich erschwerend, dass zahlreiche Länder der Welt noch keine Gesetzgebung gegen internetrelevante Delikte haben.

So musste am Ende der Konferenz schon die Verabschiedung der so genannten „Berliner Erklärung“ von Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) als Erfolg gewertet werden. Diese richtet sich gegen Zensur und die Behinderung von „Kommunikation und wirtschaftlichen Kontakten“, unter-

streicht aber den Grundsatz, dass „auch online verboten sein muss, was offline verboten ist“. Man wolle „Straftaten im Internet und die globale Verbreitung und kommerzielle Ausbeutung von gesellschaftszerstörerischem Hass via Internet nicht wehrlos dulden oder einfach hinnehmen“, heißt es in der Erklärung. Fernziel müsse sein, entsprechend dem globalen Charakter des Internets auch „einen globalen Wertekonsens“ zu schaffen, mit einem internationalen „Mindestbestand an Strafbestimmungen, die festlegen, welche Handlungen weltweit strafbar sind und welche Überschreitungen der Meinungsfreiheit nirgendwo hingenommen, sondern überall strafrechtlich verfolgt werden“.

Auch wenn man noch „meilenweit“ von diesem Ziel entfernt sei, so Herta Däubler-Gmelin, zeichnete doch die Erfahrung, dass es beispielsweise im Bereich Kinderpornografie inzwischen gelungen sei, zu einer gemeinsamen Ächtung zu kommen, den richtigen Weg. Als Zwischenschritt sollen in den kommenden Monaten vor allem Gespräche mit der Internet-Wirtschaft geführt werden, mit dem Ziel, diese zu Selbstverpflichtungen zu bewegen, bestimmte Hassliteratur, Musik oder Websites mit rechtsradikalen Parolen nicht aufzunehmen oder nach Bekanntwerden unverzüglich zu entfernen. Wenn es nicht zu einer freiwilligen Einigung komme, werde die staatliche Seite handeln. Dazu, welche Maßnahmen dann ergriffen werden sollten, wollte Däubler-Gmelin sich allerdings nicht äußern. Die „Berliner Erklärung“ formuliert zwar vor allem eine Position, an der sich die deutsche Regierung orientieren solle; Zustimmung demonstrierten aber auch die auf der Konferenz anwesende schwedische Justizministerin Laila Freivalds sowie ihr tschechischer Kollege Otakar Motejl.

■ **„online verbieten, was offline verboten ist“** ■

Zumindest darüber, dass die Lage ernst ist, war man sich in Berlin einig.

Das Simon Wiesenthal Center stellte die aktuelle CD-Rom „Digital Hate 2001“ vor, die über 2000 Homepages mit rechtsextremistischem Inhalt aufzählt. Noch im Jahre 1995, erklärte der stellvertretende Leiter des Wiesenthal-Zentrums, Rabbi Abraham Cooper, sei weltweit mit „www.stormfront.org“ nur eine einzige „Hass-Seite“ bekannt geworden; und auch die CD-Rom 2000 kannte noch „nur“ 1400 Seiten. 80 Prozent der Seiten werden in den USA ins Netz gestellt. Auch Co-

per bezeichnete die liberale US-amerikanische Haltung als problematisch und verwies auf die immer zahlloser werdenden Online-Händler, die antisemitische Titel wie „Mein Kampf“ oder „Die Protokolle der Weisen von Zion“ in alle Welt verbreiteten sowie auf die gestiegene Anzahl von Aktionshäusern, die Nazi-Memorabilia verschickten. Ein Vertreter des Online-Buchhandels amazon.com, der inzwischen immerhin die Auslieferung von „Mein Kampf“ nach Deutschland eingestellt hat, reagierte auf die Angriffe ungerührt: „Wir verkaufen Bücher. Wir zensieren keine Bücher.“

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm, stellte fest, dass auch die meisten der etwa 500 rechtsextremen deutschen Homepages über amerikanische und kanadische Server ins Netz gestellt werden. Nach deutschem Recht, so Fromm, sei etwa jede fünfte dieser Seiten - meist wegen der Delikte Holocaustleugnung oder der Verwendung von NS-Symbolen - strafrechtlich relevant. Auch die Anzahl der deutschen Seiten hat sich seit 1998 verfünffacht. Für Deutschland verzeichnet Fromm neben der „sprunghaften Zunahme“ auch eine „deutliche Radikalisierung der Propaganda“. Komplette Radiosendungen würden inzwischen ebenso häufig per Internet übertragen wie rechtsextreme Kundgebungen. So habe die NPD für ihre Demonstration in Passau am 27. Mai gleich die ganze Demo live übertragen. Auch das Herunterladen Hunderter indizierter rechtsextremer Musiktitel im MP3-Format stelle inzwischen kein Problem mehr dar. „Die grenzenlose Freiheit des Internet“, so Fromm, „führt eben auch zu grenzenlosen Missbrauchsmöglichkeiten“.

### ■ „Rechtsextreme werden versuchen, Netzwerke lahm zu legen“ ■

Generalbundesanwalt Kay Nehm sprach aber auch deutliche Worte, was die innerdeutsche Situation angeht: Man sei immer noch beim „Herantasten an die Probleme“. Nehm verwies vor allem auf die zahllosen strafrechtlichen Probleme bei der Verfolgung der Täter - sind Provider verantwortlich für die Inhalte der Seiten, die unter ihrem Namen im Netz stehen, handelt ein im Ausland ansässiger Deutscher, der in deutscher Sprache rechtsextreme Schriften ins Netz stellt, in Deutschland?

Über die Frage des „Tatortprinzips“ sowie die der Strafbarkeit der „abstrakten Gefährdung“ stünden immerhin demnächst Urteile des Bundesgerichtshofes an, so Nehm. Entschieden wird darüber, ob

nicht das Ins-Netz-Stellen mit einer bestimmten Zielrichtung (beispielsweise durch die Wahl der deutschen Sprache) auch unter das Tatortprinzip fällt, sowie darüber, ob beispielsweise die Veröffentlichung „schwarzer Listen“ mit Namen und Fotos von politischen Gegnern als „abstrakte Gefährdung“ strafrechtlich relevant sei.

Was eine baldige Lösung des Problems angeht, gab Nehm sich sowohl „skeptisch“ bezüglich der erhofften Freiwilligen Selbstkontrolle der Betreiber als auch einer internationalen Lösung: „Selbst wenn wir aus deutscher Sicht nur versuchen würden, Mindeststandards durchzusetzen, würde das sicher nicht zu dem Erfolg führen, den wir uns vorstellen.“ An die USA gerichtet, verwies Nehm darauf, dass es bisher kaum möglich sei, im Rahmen der bestehenden Rechtshilfeabkommen auf Unterstützung zu zählen: „Es wäre schon sehr hilfreich, wenn die Vereinigten Staaten unsere Position im Bereich der Rechtshilfe tolerieren und auf unsere Anfragen reagieren würden.“ Doch auch die deutsche Politik, sei gefordert, klare Beschlüsse zu fassen. Auf die Frage, was bisher getan worden sei, antwortete Nehm: „Nicht viel und wenig Hilfreiches.“

Mike Vatis vom FBI, der mit seinem Festhalten an dem unbegrenzten Recht auf Meinungsäußerung sogar von einem anwesenden amerikanischen Holocaust-Opfer unterstützt wurde („Was mir in Deutschland auffällt ist der Mangel an Vertrauen in das eigene Volk“) malte aber auch ein Szenario für machbare internationale Zusammenarbeit an die Wand. Die reine Verbreitung rechtsextremer Inhalte auf eigenen Homepages, so Vatis, werde in Zukunft eine immer kleinere Rolle spielen. Womit man stattdessen beim FBI schon jetzt fast täglich zu tun habe, so Vatis, sei das Hacken von Nazi-Propaganda auf alle möglichen anderen Server und Seiten; auch auf die von Regierungsorganisationen. „Wir müssen uns darauf gefasst machen“, so Vatis, „dass Rechtsextreme in naher Zukunft auch verstärkt Viren verbreiten werden und so versuchen werden, unsere Netzwerke lahm zu legen.“ In diesem Bereich der „Cyber-Kriminalität“ sehe er einen „enorm großen Raum“, die internationale Zusammenarbeit wie auch die Verfolgung zu verbessern, erklärte der stellvertretende Direktor: „Ein Virus ist in wenigen Minuten in die ganze Welt versandt, aber unsere Aufklärungsarbeit ist immer noch schmerzhaft langsam.“ Jeannette Goddar

Weitere Informationen: [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de); [www.wiesenthal.com](http://www.wiesenthal.com); [www.fes.de/aktuell/berlinererklaerung.html](http://www.fes.de/aktuell/berlinererklaerung.html)

**Hintergrund****Zwischen den Lagern**

**Die nationalrevolutionäre Zeitschrift „wir selbst“ positioniert sich gerne als „jenseits von links und rechts“. Aus der rechten Stammkultur hat sie sich trotzdem nie gelöst.**

Nach zwanzig Jahren Bestehens einer Zeitschrift sollte man eigentlich mit einer Feier oder zumindest einer opulenten Sonderausgabe rechnen, die einen Rückblick auf das bisherige Schaffen bietet, die üblichen Grundsatzserklärungen verkündet und Pläne für die Zukunft verlautbart. Nicht so bei der in Schnellbach erscheinenden nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst“. Die anstehende Jubiläumsnummer des im Dezember 1979 gegründeten Blattes ließ auf sich warten - bis Mitte Mai 2000. Vielleicht wollte man damit nur an eine Tradition des Blattes anknüpfen, denn fast nichts war bei dieser Zeitschrift so beständig wie ihre Unbeständigkeit. Wenn es zwischendrin eine zweijährige Pause geben konnte, so bot selbst dieses lange Schweigen keine Gewähr dafür, dass das letzte verbliebene größere Peridodikum der Nationalrevolutionäre der siebziger und achtziger Jahre sein Leben ausgehaucht hätte.

Siegfried Bublies, Gründer und Herausgeber von „wir selbst“, steht dabei mit seiner Biografie für fast alle Wege und Irrwege der deutschen extremen Rechten, ist aber mit seinem Lebenslauf auch ein anschauliches Beispiel dafür, dass es neben den Aktivisten in den Parteien, für die vorwiegend Wahlen und Mitgliedszahlen wichtig waren, stets auch Kader gegeben hat, die ihren Schwerpunkt auf die Ideologiebildung und -entwicklung legten und zu der Schlussfolgerung gelangten, zuweilen sei es notwendig, auch vom Gegner zu lernen. Nur weil dieser bestimmte Themenfelder besetze, müssten diese nicht falsch oder unbrauchbar für die extreme Rechte sein. Folgerichtig wurden immer wieder Komplexe aufgegriffen, die im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten standen, sei es die Friedens- oder die Ökologieproblematik. Misstrauisch beäugt wurde die kleine Gruppe um Bublies sowohl im eigenen Lager, wo man sorgsam behütete Tabus wie den Primat des Antikommunismus verletzt sah, als auch bei den sich antifaschistisch verstehenden Kräften, die eine „Querfrontstrategie“ befürchteten, in den aufgegriffenen Themen lediglich

eine Mimikry zur Verwirrung der Gegner und zur besseren Zielgruppenansprache witterten und sehen mussten, dass einige bekannte linke Persönlichkeiten als Autoren auftauchten - zuweilen auch, ohne dass eine Abdruckerlaubnis vorlag.

Bublies (Jahrgang 1956) begann seine politische Karriere wie fast alle Nationalrevolutionäre der damaligen Zeit in der Jugendorganisation der NPD, wo er es bis in den Landesvorstand von Rheinland-Pfalz brachte. Diesen parteipolitischen Background hat ausnahmslos die gesamte Gründergruppe. Zum Bruch mit der NPD führten sowohl interne als auch externe Faktoren. Die damalige NPD war heillos überaltert, von besitzbürgerlicher Behäbigkeit geprägt, unfähig, ihre hergebrachten Denkschablonen zu verlassen, nicht in der Lage, Strategien zu entwerfen, die ihren progressiven Niedergang hätten aufhalten könnten. Positionspapiere vorwiegend aus den Reihen der JN, die sich an nationalrevolutionären Topoi und teilweise sogar an ideologischen Entwürfen der Nouvelle Droite orientierten, blieben innerparteilich unbeachtet. Nur heillose Optimisten der extremen Rechten konnten noch einen Funken Hoffnung auf eine Trendwende bei der NPD hegen.

Die „wir selbst“-Gründer, altersmäßig einer anderen Kohorte zugehörig als die erste Generation der Nationalrevolutionäre, die heute durchwegs bereits im Rentenalter sind, waren illusionsloser als die Mutterpartei. Eine Massenpolitik der extremen Rechten schien für sie in absehbarer Zeit nicht realisierbar. Dafür wurden externe Faktoren ausgemacht, die auf eine Erschütterung der bisherigen Blocksysteme hindeuteten und durch die Renaissance der Lebensphilosophie in der Ökologie- und Friedensbewegung Chancen zu eröffnen schienen, eine Basis für den angestrebten „Dritten Weg“ außerhalb der bisherigen politischen Stammkultur zu finden.

Als wesentlichen Faktor benennt Bublies heute in einem Rückblick auf die Geschichte seines Blattes in der Gründungsphase die politische Etablierung des Islamismus durch die Revolution im Iran. Hier wurde die Möglichkeit der Herausbildung eines „dritten Lagers“ jenseits der durch die beiden „Supermächte“ beherrschten Blöcke gesehen. Die neuen Bündnisse in der Umweltschutzbewegung, die von linken Aktivisten bis hin zu Konservativen, die das „Bewahren“ in ihrem Namen wörtlich nahmen, reichte, wurden als weitere Chance eingestuft. Die Friedensbewegung mit ihrer heterogenen Basis bot

zudem die Gelegenheit, die „nationale Frage“ zu aktualisieren und als angebliche Voraussetzung zur Schaffung eines wirklichen Friedens zu thematisieren.

Häufig ist diese Themenwahl als reines Täuschungsmanöver der Linken betrachtet worden, als ausschließlich strategische Entscheidung. Dies mag tatsächlich eine gewisse Rolle gespielt haben und ist mit Sicherheit gerne gesehen worden. Aber andererseits kann berechtigt darauf verwiesen werden, dass sich die politischen Wurzeln der Ökobewegung in der historischen, rechts dominierten Heimatschutzbewegung finden, die ideologischen jedoch bereits bei etlichen wichtigen Autoren der Konservativen Revolution präsent sind. Noch kürzere Zeit musste man zurückgehen, wenn man die Vorbilder für die damalige Argumentation zur Sicherheitspolitik finden wollte. Fast alle gängigen Argumente sind fast unverändert in der rechten Neutralismusdebatte der fünfziger Jahre vorhanden.

### ■ „Soziale Frage immer aktuell“ ■

Die damaligen Nationalrevolutionäre reagierten schlicht auf die laufenden Entwicklungen und kramten in ihrem geistigen Traditionskabinett, was vom ideologischen Rüstzeug für die Gegenwart brauchbar schien. Da vieles davon auch im eigenen Lager unbekannt war, war - ein sehr erwünschter Effekt - die Verwirrung in allen politischen Spektren fast perfekt. Das es sich bei den damaligen Nationalrevolutionären vorwiegend um Reflexe auf reale politische Entwicklungen handelte, macht der damalige Leitungskader dieser Fraktion der extremen Rechten Gerd Waldmann (d.i. Wolfgang Günther) in einem Leserbrief an die aktuelle „wir selbst“ deutlich, indem er auf einen Mangel verweist, denn es habe nur ein „vorsichtiges Tasten nach Lösungen für die wohlstandsgestarte, aber immer aktuelle soziale Frage“ gegeben. In der Tat spielte dieses für die heutigen Nationalrevolutionäre zentrale Themenfeld damals so gut wie keine Rolle.

Die kleine Gruppe, die sich um das Zeitschriftenprojekt schart und seit einigen Jahren durch neue Kräfte in Redaktion und Autorenschaft ergänzt wurde, hat sich nie aus der rechten Stammkultur gelöst. Auch Bublies selbst glaubte während der Erfolgsphase der Republikaner, die angestrebten Ziele über diese Partei erreichen zu können, trat ihr bei und wurde Funktionär auf Kreisebene. Ein In-

terview mit Franz Schönhuber unterstrich, dass dies zeitweise als ernsthafte Option betrieben wurde. Die Zeit nach dem 9. November 1989 war für einige Jahre bei dem Blatt durch eine erheblich deutlichere Anlehnung an die Mehrheitslinie der extremen Rechten geprägt. Einer Phase der offenkundigen Stagnation und strategisch-ideologischen Ratlosigkeit folgte eine längere Pause und dann ein neuer Versuch mit einer neuen Redaktion.

Und mit ihr erfolgte auch eine Wiederentdeckung der Experimentierfreude. Teilweise entwickelte sich sogar eine Art lagerinterner Debattenkultur, so zu den Thesen der Nouvelle Droite bezüglich des „Multikulturalismus“, zur Liberalismuskritik von rechts oder auch in den Bereichen Föderalismus/Bioregionalismus. Einige der Ansichten dürften dabei innerhalb der extremen Rechten keinesfalls mehrheitsfähig sein, so wenn Bublies in der aktuellen Ausgabe von „wir selbst“ davon spricht, es sei „moralisch widerwärtig“, „dass die während des Dritten Reiches begangenen Verbrechen - und zu ihnen gehört der millionenfache Mord an den deutschen und europäischen Juden - bestritten oder bagatellisiert wurden“. Ein Verdikt, dem sich auch Stammautor Henning Eichberg im gleichen Heft anschließt. Zu den zahlreichen Widersprüchen beim Blatt und seinen Machern gehört es, dass in dieser Ausgabe ganzseitig für „das besondere 'wir selbst'-Angebot“ geworben wird, nämlich für Scheckenschnitte einer gewissen Brigitta von Richmar. Hinter dem adligen Decknamen verbirgt sich die profane Bürgerliche Sigrid Beyer (Osten), die privat schon einmal einen Besuch auf den Internetseiten der Geschichtsrevisionisten empfiehlt. Dort gebe es viele Sachen, die das Gegenteil der offiziellen Geschichtsschreibung besagen.

Beständig bei „wir selbst“ war weder die ideologische Ausrichtung der Zeitschrift noch die personelle Zusammensetzung. Personelle Fixpunkte waren Bublies als organisatorisches Zentrum und Eichberg als Vorzeigeeintellektueller. Beständig war auch nicht die Intensität der Anlehnung an die Stammkultur der extremen Rechten. Doch ist die Selbstdarstellung als „jenseits von links und rechts“ natürlich ebenso als unsinnig zu verwerfen wie die Kritik, bei Eichberg handele es sich um einen „unverbesserlichen Nazivisionär“. Letztere zeigt lediglich, dass Denkfaulheit und Ignoranz kein Privileg der extremen Rechten sind. Beständig bei „wir selbst“ ist lediglich die Unbeständigkeit. Ob die nächste Ausgabe wirklich „demnächst“ erscheint, ist recht fragwürdig. *Jean Cremet*

**Ausland****Die Lücke ausgefüllt**

**Zwischen den französischen Rechtsextremen und dem Mitte-Rechts-Spektrum ist wieder Platz frei geworden. Die Mégret-Partei wittert eine Chance.**

Der MNR (National-republikanische Bewegung) hat am 1. Juni dieses Jahres den erneuten Verlust zweier Regionalparlamentarier aus der Ile-de-France (Großraum Paris) erlebt. Es handelte sich um Marie-Caroline Le Pen, die älteste Tochter des Vorsitzenden der Rumpforganisation FN (Front National), und deren Lebensgefährten Philippe Olivier. Marie-Caroline Le Pen hatte in den Wochen der Spaltung des französischen Rechtsextremismus, im Dezember 1998 und Januar 1999, eine herausragende Rolle gespielt - sollte sie doch zugunsten der „Dissidenten“ beweisen, dass selbst Le Pens eigene Familie dessen innerparteiliche Tyrannei nicht mehr ertragen könne.

Die Gründe, die zum Parteiaustritt der beiden bisherigen MNR-Führungskader führten, sind wahrscheinlich schwerer wiegend als die Tatsache selbst. Lassen sie doch auf ernsthafte Orientierungskonflikte schließen. Philippe Olivier begründete seinen Austritt damit, dass Parteichef Bruno Mégret keine Sanktionen gegen den in Lyon ansässigen MNR-Kader und unverblümten Rasseideologen, Pierre Vial, ergriffen habe. Vial war am 30. Mai ausführlich in der Pariser Abendzeitung „Le Monde“ zitiert worden, nachdem er am Wochenende zuvor - vor einer größeren Zahl von Journalisten -, anlässlich einer Versammlung seiner Vereinigung Terre et peuple (Volk und Erde), mit unverhüllten Worten ein ethnisch reines („ethnozentrisches“) Europa gefordert hatte. Aus demselben Anlass hatte Vial die Aussage - die ansonsten das Rückgrat des rechtsextremen Diskurses ausmacht - dementiert, wonach die kulturelle Prägung durch den Islam ein Problem darstelle, das die Integration der Einwanderer verhindere. Der Neuheide Pierre Vial posaunte offen hinaus, die Religionsfrage sei ihm schlicht und einfach egal, und auch wenn die Immigranten die muslimische Religion ablegen würden, könne dies nichts an seiner Position ihnen gegenüber ändern. Denn die Religion stelle, so Vial, nur den ideologischen „Überbau“ dar - wirklich entscheidend aber sei der „biologische Unterbau“, der durch die kulturellen und religiösen Prägungen nicht berührt werde. Deut-

licher hätte man eine pure rassenbiologische Ideologie nicht darlegen können.

Vials Positionen innerhalb der extremen Rechten waren seit langem bekannt und können Philippe Olivier oder Andere nicht wirklich überrascht haben. Entscheidend ist vermutlich, dass sie zu einem sensiblen Zeitpunkt ins Rampenlicht der Medien rückten. Denn zum einen bemüht der MNR sich darum, aus dem Tief wieder herauszukommen, in das ihn sein schwaches Abschneiden bei den Europaparlaments-Wahlen (3,3 Prozent gegenüber 5,7 Prozent für den FN) befördert hat. Zum anderen arbeiteten Olivier und andere - sei es mit oder ohne hundertprozentige Deckung durch die Parteiführung unter Mégret - daran, lokale Bündnisse mit rechtsbürgerlichen Kräften einzufädeln. Wenige Tage zuvor war ein Appell „gegen das Wahlrecht nichteuropäischer Ausländer“ veröffentlicht worden, der durch eine „Union der nationalen Rechten“ getragen wurde und durch Olivier und den Politiker des national-konservativen RPF im Département Val-de-Marne, Didier Bougeard, ausgehandelt worden war. Es handelte sich nicht um den einzigen Annäherungsversuch zwischen beiden Formationen. Der RPF-Politiker im Bezirk Eure, Yves Dupont, sprach sich für die Kommunalwahl 2001 für eine gemeinsame rechte Liste in der Region Normandie aus.

Am 23. Juni hat der Vorsitzende des RPF (Sammlung für Frankreich), der nationalpopulistische Ex-Innenminister Charles Pasqua, angekündigt, die Existenz seiner Partei zu „suspendieren“. Im Herbst soll die Sammelpartei dann endgültig aufgelöst werden, sofern ihr nicht eine radikale „Umorganisation“ gelänge. Zuvor war der Machtkampf zwischen dem Alt-Gaullisten Pasqua und seinem Vize sowie Widersacher, dem quasi-rechtsradikalen Ultrakatholiken Graf Philippe de Villiers, ins Unerträgliche eskaliert. Ein weiteres gemeinsames Auftreten von Pasqua und de Villiers muss als unwahrscheinlich gelten, und Pasqua hat bereits angekündigt, bei den Kommunalwahlen im März 2001 aus dem Spiel bleiben zu wollen.

Damit könnte der MNR, schafft er den Zusammenhalt in seinen Reihen, neue Luft gewinnen, da zwischen den Rechtsextremen und dem Mitte-Rechts-Spektrum wieder Platz frei geworden ist. Am 28. Juni reichte Mégret dem Rechtskatholiken de Villiers, der sich auf eine Vichy- und konterrevolutionäre Anti-1789-Tradition bezieht, demonstrativ die Hand und bot ihm eine Zusammenarbeit zu den Kommunalwahlen an. *Bernhard Schmid*

## Ausland

## Verwischte Spuren

**Ein US-amerikanischer Jude ist in der chilenischen Sekte Colonia Dignidad verschwunden. Möglicherweise wurde er dort umgebracht.**

Das US-Außenministerium hat die chilenische Regierung um die Aufklärung des „Verschwindens“ des US-Bürgers Boris Weisfeiler gebeten, wie die „Washington Post“ (19.6.00) berichtete. Ein chilenisches Gericht hat den bereits eingestellten Prozess wieder aufgenommen.

Boris Weisfeiler war ein russischer Jude, der 1941 in Moskau geboren wurde. Er war ein begeisterter Wanderer und floh 1975 zu Fuß über Sibirien aus der UdSSR. Er wurde US-amerikanischer Staatsbürger und erhielt eine Professur für Mathematik an der Harvard-Universität.

Am 25. Dezember 1984 war Weisfeiler nach Chile geflogen. Am 5. Januar 1985 wurde er zum letzten Mal in der Nähe der deutschen Siedlung Colonia Dignidad gesehen. Die Führung der Siedlung hat eine deutlich nationalsozialistische und antisemitische Ausrichtung (vgl. dazu F.P. Heller: Colonia Dignidad, Schmetterlingverlag, Stuttgart 1993). Nach dem Putsch der chilenischen Militärs hatte Hans-Ulrich Rudel, der höchstdekorierte deutsche Offizier des zweiten Weltkriegs, die Sektensiedlung in einen geheimen Militärstützpunkt umgebaut.

Die US-Botschaft schickte nach Weisfeiler's Verschwinden zwei „Konsularbeamte“, einen Mann und eine Frau (die Frau war nach einem Zeitungsbericht Mitarbeiterin des CIA) in die Region. Die US-Beamtin erweckte das Misstrauen der Carabineros, als sie fragte, ob Weisfeiler nicht vielleicht entführt und in die Colonia Dignidad gebracht worden sein könnte. Die Carabineros stoppten ihr Auto, stellten ihr Fragen und folgten ihr tagelang.

Die US-Beamten konnten Weisfeiler's Schicksal nicht aufklären. Aber sie stießen auf eine Reihe von Widersprüchen. In ihrem Bericht, der nach der Freedom of Information Act frei gegeben wurde, aber zusammen mit einigen anderen, im Folgenden zitierten Dokumenten an vielen Stellen aus Geheimhaltungsgründen unleserlich gemacht wurde,

heißt es, dass ein Bauer, der ausgesagt hatte, er habe in der Nähe von Weisfeiler's gefundenem Rucksack Fußspuren gesehen, später eingeräumt habe, er habe diese Aussage unter Druck gemacht. Einer der Carabineros, die in der Gegend stationiert waren, erwähnte in seiner ersten Aussage vor einem Untersuchungsrichter die Patrouille, die Weisfeiler stellen sollte. In einer zweiten Aussage in Anwesenheit seines Vorgesetzten erwähnte er die Patrouille nicht mehr. Aus einer verlässlichen Quelle erfuhren die US-Beamten, dass Weisfeiler versucht hatte, den Fluss an einer Stelle, wo es eine primitive Kabelfähre gab, zu überqueren, dass aber eine Gruppe Soldaten ihn daran gehindert hätte. Der Fährmann hatte ausgesagt, er habe niemanden gesehen. Die US-Beamten bemerkten, dass die Carabineros „äußerst besorgt darüber waren, dass politische Extremisten über die argentinische Grenze kommen könnten, um nach San Fabian oder San Carlos (Nachbarorte) zu gelangen“. Im April 1985 wurden drei und wenig später ein weiterer der fünf Carabineros, aus der die Garnison in der abgelegenen Gegend bestand, versetzt. Der fünfte wurde im August zwangsweise in den Ruhestand geschickt.

Ein ehemaliger chilenischer Heeressoldat, der angibt, innerhalb der Colonia Dignidad Dienst getan zu haben, teilte Ende 1997 der US-Botschaft in einem anonymen Brief seine Version des spurlosen „Verschwindens“ von Boris Weisfeiler mit. Nach dieser Version wollte Weisfeiler 1984/85 im Auftrag des israelischen Geheimdienstes Mossad den KZ-Arzt Josef Mengele aus der Colonia Dignidad herausholen. Eine chilenische Militärpatrouille habe ihn verhaftet und einem Kommando der Colonia Dignidad übergeben. Paul Schäfer, der Anführer der Colonia Dignidad, habe ihn „wild verhört“ und dann durch einen Genickschuss ermordet, so der Brief.

*Friedrich Paul Heller*

## Hinweis

**Berlin** - Zum Abschluss der Ausstellung „Juden in Steglitz“, die zurzeit im Heimatverein zu sehen ist und das Schicksal der Juden des Berliner Bezirks Steglitz in der NS-Zeit dokumentiert, wird am 20. Juli um 19.30 Uhr Fred Silberstein einen Vortrag halten. Silberstein, der aus Steglitz stammt, wurde mit seiner Schwester nach Auschwitz deportiert. Beide konnten überleben und emigrierten später nach Neuseeland.

**Heimatverein für den Bezirk Steglitz, Drakestr. 64 A**

**Seitenblick****Dreifache Botschaft**

**Seit Jahren wird ein inhaltlicher Abwehrkampf geführt, wenn es darum geht, nach Hitlers Kriegshelden benannte Kasernen umzutaufen.**

Am 8. Mai 2000 wurde die „Rüdelkaserne“ in Rendsburg in „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ umgenannt. Feldwebel Schmid, stationiert in Wilna (Litauen), wurde im April 1942 hingerichtet, weil er Juden innerhalb und außerhalb des Gettos der Stadt geholfen hatte. Der bisherige Kasernenpatron, Generaloberst Günter Rüdel, war ein Günstling Hermann Görings und ehrenamtlicher Richter am Volksgerichtshof. „Die Umbenennung der Kaserne birgt eine dreifache Botschaft: Absage an jegliche Anpassung an das Böse, wie auch immer verklärt, Anerkennung von Mut zum Widerstand, Hoffnung auf die Verteidigung und Verbesserung der Neugestaltung“, sagte der Historiker Fritz Stern.

Für die Öffentlichkeit bleiben offene Fragen. Denn Traditionspflege ist Geschichtspolitik: Warum wird ein Feldwebel aus Wien Namensgeber einer Kaserne in Rendsburg, wo sonst die Traditionspfleger so gerne regionale Bezüge hervorheben? Gibt es in Deutschland eine unaufrichtige Rezeption?

Als Verteidigungsminister Rudolf Scharping eine Kaserne für den neuen Namensgeber Feldwebel Anton Schmid (1900-1942) suchte, wurde ihm zunächst nicht die Umbenennung einer historisch belasteten Nazi-Kaserne vorgeschlagen, sondern die „Feldwebel-Boldt-Kaserne“ in Delitzsch. Diese Idee verrät den Dünkel in den höheren Etagen auf der Bonner Hardthöhe: Feldwebel Boldt leitete am 16. November 1961 in Hamburg-Harburg ein Gewöhnungssprengen mit zwei weiteren Soldaten. Als eine bereits gezündete Ladung in den Deckungsgraben zurückrollte, warf sich Boldt auf detonierende Ladung – die beiden Soldaten blieben unverletzt, er selbst starb.

Welche Verdienste sind nun traditionswürdig? Leben retten wie Feldwebel Boldt oder auf Befehl Hitlers töten wie etwa General Hüttner? Die Initiative gegen falsche Glorie in Kaufbeuren (Fax 08341/94280, e-mail JakobKnab1@aol.com) fordert, drei Kasernen umzutaufen, die Namen zweifelhafter Vorbilder tragen:

Freiherr von Medem war ehrenamtlicher Richter am Volksgerichtshof und gehörte anschließend zur deutschen Besetzungsherrschaft in den Ostgebieten. Medem starb 1953 in der Sowjetunion. Seit 1965 ist er Kasernenpatron in Holzminden.

Generalfeldmarschall von Mackensen empfand Genugtuung angesichts der Ermordung des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger: „Den Schädling sind wir los...“ Mackensen verdammt den Versuch, am 20. Juli 1944 Hitler umzubringen, als „fluchwürdiges Attentat“. Mitte November 1944 richtete er einen Aufruf an die Jugend, um 14- bis 17-Jährige zu „Opferbereitschaft und Fanatismus“ zu ermahnen. Er hielt bis zuletzt an Hitler als „Retter“ fest. Nach Mackensen ist eine Kaserne in Hildesheim benannt.

An Generalmajor Hans Hüttner lässt sich die arbeitsteilige Täterschaft von Wehrmacht und Einsatzgruppen aufzeigen. Bei der Eroberung von Shitomir (Ukraine) kämpfte er an vorderster Front. Auf den Fersen folgten die Mordgesellen der Einsatzgruppe C, die in Shitomir ein Blutbad anrichteten. In der dienstlichen Beurteilung galt Hüttner als „überzeugter Nationalsozialist“ und soldatischer Führer, der „vom Nationalsozialismus erfüllt ist“. Am 20. April 1943 hielt Hüttner zu „Führers Geburtstag“ eine Durchhalterede: „Einmal wird auch dieser Krieg siegreich zu End' ergehen und dazu wollen wir alle unserem Führer helfen!“ Seit 1985 ist nach ihm eine Kaserne in Hof benannt.

Dabei gibt es traditionswürdige Vorbilder für die Bundeswehr. Zum Beispiel:

Feldwebel Hugo Armann, stationiert in Baranowice (Ostpolen), der vielen Juden bei der Flucht half. Er gab ihnen Waffen, viele konnten in die Wälder entkommen und schlossen sich den Partisanen an. Hauptmann Eberhard Helmrich, Leiter eines Landwirtschaftspostens in Drohobycz (Polen) half jüdischen Frauen, indem er sie mit falschen Papieren als polnische oder ukrainische Haushaltsgehilfinnen nach Berlin schickte, wo seine Frau Donata ihre Beschäftigung in deutschen Haushalten organisierte, die nichts von der wahren Herkunft der Mädchen wussten.

Major Max Liedtke hinderte zusammen mit seinem Adjutanten, Hauptmann Albert Battel, die SS an einem Überfall auf Juden, indem er seinen Soldaten den Befehl gab, die SS vor einem Brückenübergang aufzuhalten. Er wurde seines Postens enthoben und an die Front geschickt. Er starb in russischer Gefangenschaft.

*Jakob Knab*

## Verfassungsschutz

## Rohe Gewalt

**In Sachsen-Anhalt ist besonders das militante Spektrum aktiv.**

Als „unglaubliche Verrohung“ bezeichnete der SPD-Innenminister von Sachsen-Anhalt, Manfred Püchel, die von Rechtsextremen begangene Mordtat an einem 39-jährigen Mosambikaner an Pfingsten in Dessau. In der Gewalttatenstatistik liegt Sachsen-Anhalt gemessen an der Einwohnerzahl bundesweit an der Spitze. Der aktuelle Landesverfassungsschutzbericht vermeldet zwar einen Rückgang der rechtsextremen Gewalttaten auf 83 (1998: 90) Vorfälle (darunter eine versuchte Tötung, 62 Körperverletzungen und 2 Brandanschläge), in mehreren Fällen wurden allerdings Menschen Krankenhausreif geschlagen. Rückläufig um 11,1 Prozent waren insgesamt die rechtsextremen Straftaten mit 929 (1045). Der Landesverfassungsschutz hat nach eigenen Angaben insbesondere die jugendliche Skinheadszene im Visier; 71 Prozent der Tatverdächtigen seien jünger als 21 Jahre.

Das Personenpotenzial der Skinheads ist auf rund 700 angewachsen. In den letzten Jahren hätten sich festere Strukturen etabliert. Neben der in der Szene einflussreichen Organisation „Blood&Honour“ - in Sachsen-Anhalt rund 40 Mitglieder - werden unter anderen genannt: „Selbstschutz“ Sachsen-Anhalt, der auch den Saalschutz für NPD-Veranstaltungen übernimmt, „Weiße Offensive - Halle/Saale“, „Weiß & Stolz“, Halle, „Weiße Bruderschaft“ Merseburg sowie „Sachsen-Anhalt-Front“, die über Kontakte zu Blood&Honour und zur braunen Knastorganisation HNG verfügt. Aktivitäten sind auch seitens des neonazistischen Freiheitlichen Volks Block verzeichnet, der im Skinhead-Milieu um Anhänger fischt. Die neonazistischen Kameradschaften seien durch „Kameradschaftsführertreffen“ verbunden. Eine Schnittstelle zum organisierten Rechtsextremismus bildet nach wie vor insbesondere der NPD-Landesvorsitzende Steffen Hupka, mit dem die „Kameradschaft Blankenburg/Quedlinburg“ eng verbunden ist.

Die NPD verdoppelte ihren Mitgliederstand auf 200. Die im Landtag vertretene DVU zählt laut dem Bericht nach wie vor über 700 Mitglieder, auf die im Februar erfolgte Abspaltung der FDVP wird nicht eingegangen. Die Republikaner, deren Landesverband als „bedeutungslos“ eingestuft wird, dümpeln mit 70 Anhängern vor sich hin. G.N.

## Zeitschriftenschau

## Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 25-27/2000: Ein Schwerpunktthema des Heftes sind die Vertriebenen. JF-Autor Moritz Schwarz weilte auf dem Pfingsttreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), die er mit einem „rasch schleichenden Doppeltod durch Aussterben und Anpassung“ bedroht sieht. Enttäuschung über die Funktionäre und anwesenden Politiker hätte sich vor allem bei der „ostpreußischen Basis der Erlebnissgeneration im Publikum“ gezeigt. Unverständnis zeigten viele Mitglieder wegen der im Februar vollzogenen Trennung der LO von der JLO, „gegen den unliebsamen Jugendverband sei mit der 'Faschismuskeule' vorgegangen worden“. Chefredakteur Dieter Stein bedauert, dass sich die Vertriebenenverbände nicht zusammenschließen. Ihre Funktionäre hätten es zugelassen, dass die Vertriebenen „als politischer Faktor erfolgreich ausgeschaltet werden konnten“ (25/00). Davon, die Nationalhymne in allen drei Strophen zu singen, schwärmt Stein in der Folgeausgabe. Die Reaktion von SPD- und Grünen-Politikern auf das Absingen der ersten Strophe durch Günter Oettinger, CDU-Fraktionschef in Baden-Württemberg bedeutet für ihn „Aufgeregtheit, Unsicherheit und Servilität als Charaktermerkmale deutschen Nationalbewusstseins“ (26/00). „Weil das Nationalgefühl im Eimer ist“, erklärt sich für Heinrich Lummer das Scheitern der deutschen Fußballmannschaft. Die Vereine würden lediglich Spieler „aus fußballerischen Entwicklungsländern“ verpflichten, statt Nachwuchs zu rekrutieren, beklagt Peter Boßdorf (27/00). Mit 500 000 Zuwanderern nach Deutschland allein aufgrund Familiennachzug für hier lebende Nicht-EU-Ausländern durch einen EU-Richtlinienentwurf und elf Millionen Osteuropäern bis zum Jahr 2030 durch die EU-Osterweiterung könnte nach Ansicht von Michael Wiesberg gerechnet werden (27/00). Über Sonnenwendfeiern von Freibund und des neuheidnischen Gaja-Versandes von Stefan Ulbrich berichtet sichtlich angetan Lovis Schiller. Der umstrittene Musiker Josef Klumb darf im Interview bekunden, warum er im rechtsextremen VAWS-Verlag publiziert und beschreibt seine Suche nach dem „Geheimen Deutschland“ (26/00). Moritz Schwarz mokiert sich über Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und dessen Engagement gegen Rechts. Statt mit Skinheads zu reden, würde Thierse sich mit Vertretern anti-rechter Projekte verbünden (27/00). (gn)

**Meldungen****Inland**

■ **Althengstett** - Der Buchdienst der rassistischen „Artgemeinschaft“, geleitet von Petra Müller aus Althengstett, vertreibt derzeit (im Jahr 3799 n.St.) das 150 Seiten umfassende Machwerk „Die Jugendfeier - Brauchtum im Artglauben“. Autor des neuesten Bandes aus der Buchreihe der „Artgemeinschaft“ ist Jürgen Rieger. Rieger, Vorsitzender der „Artgemeinschaft“, plädiert für eine „eigene Feier im Kreise von Familie und Sippe“ als Alternative zu den kirchlichen Jugendfeiern Konfirmation und Firmung. Allein diese Auslegung entspreche demjenigen, „was im heidnischen Germanien“ gegolten habe, so Rieger.

■ **Bochum** - Der rechtsextremistische „Deutsche Rechtsschutzkreis e.V.“ (DRsK) veröffentlichte im Juni eine aktuelle Ausgabe seiner Mitteilungen „Recht und Justiz“ zum Thema Nakam. Im vergangenen September hatte der DRsK Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Fürth gegen zwei überlebende Juden gestellt, die versucht haben sollen, sich an ihren einstigen NS-Peinigern zu rächen. Gegen die Einstellung des Verfahrens legte der „Rechtsschutzkreis“ Beschwerde ein. „Recht und Justiz“ erscheint nur noch unregelmäßig als eigenständige Schrift. Aus Kostengründen werden „gelegentlich aktuelle Vorgänge in der Zeitschrift Unabhängige Nachrichten“ (UN) veröffentlicht. So erschien in der Mai-Ausgabe der UN ein Beitrag über die „jüdische Rächergruppe“ Nakam. Der 1979 von Mitgliedern des Freundeskreises der „Unabhängigen Nachrichten“ gegründete DRsK engagiert sich in der juristischen Unterstützung von Rechtsextremisten.

■ **Berlin** - Die Anzeigenkampagne der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat nach Mitteilung von JF-Chefredakteur Dieter Stein bis zum 27. Juni dieses Jahres 1894 neue Abos gebracht. Der korrekte Abonnentenzuwachs belaufe sich aber nur auf 1290, da Kündigungen und Schnupper-Abos gegengerechnet werden müssten, so Stein. Die Auflagenhöhe des rechten Blattes bewegte sich Ende vergangenen Jahres nach amtlichen Angaben um die 10 000 Exemplare.

■ **Delmenhorst** - In der Neonazi-Szene kursiert zurzeit ein Flugblatt, in dem erklärt wird, „dass sich die BRD seit dem Beitritt in die UN (Feindstaa-

tenklausel!) de jure im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich befindet.“ Demnach war die UN-Mitgliedschaft „von Anfang an mit der Auflage verbunden, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären. Und durch den Beitritt hat sich die BRD in eine Allianz begeben mit jenen Staaten, die sich noch immer im Kriegszustand mit dem Deutschen Reich befinden. Denn es gibt noch keinen Friedensvertrag.“ Verfasser des Schreibens mit dem Titel „Krieg“ ist der Rechtsextremist Klaus Bunge aus Delmenhorst, der enge Kontakte zu dem Rechtsterroristen Manfred Roeder unterhält und unter anderem für die Waffen-SS-treue Schrift „Leitheft“ und die revisionistische Zweimonatszeitschrift „Deutschland“ zur Feder greift. Bunge fragt abschließend: „Wie können wir den nationalen Widerstand wirksam organisieren?“

■ **Eberswalde** - In der aktuellen Ausgabe des Blattes „Zündstoff. Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“, dem Organ des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg, ist eine ganzseitige Anzeige eines „Freiheitswille Vertrieb & Versand“ aus Eberswalde veröffentlicht. Im Angebot sind unter anderem Flaggen mit dem Emblem des „Ku Klux Klan“, T-Shirts mit Motiven wie „Skinheads Deutschland“ (mit Adler) und CDs von „Bulldog“, „Offensive“ und „Last Viking“.

■ **Erwitte** - Die langjährige REP-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Uschi Winkelsett ist wieder Landeschefin. Winkelsett war im vergangenen Oktober von Burkhard Schmanck in einer Kampfabstimmung mit knapper Mehrheit aus dem Amt gehievt worden. Zwei Monate später legte Schmanck, von Parteichef Rolf Schlierer als „Wichtigtuer“ titulierte, dann den Vorsitz nieder. Auf einer Parteiveranstaltung in Erwitte wurde Uschi Winkelsett jetzt in Anwesenheit von Schlierer wieder zur Landesvorsitzenden bestimmt. Von den im Oktober gewählten Landesvize verblieb lediglich Daniel Schöppe im Amt. Neue Stellvertreter wurden Ulrich Manes und Arnd Schubeus.

■ **Hann.Münden** - Unter der Postfachadresse des Neonazi-Blattes „Sonnenbanner“ (Hann.Münden) residiert neuerdings auch eine Gruppierung namens „Deutsch-Irakische Freundschaft“. Diese pflegt Kontakt zu dem in Österreich lebenden Iraker Abdul Jebara (s. BNR 16/99), dem „Koordinator“ von „SOS Irak“. (Hinter „SOS Irak“ stehen Rechtsextremisten wie Franz Schönhuber und Christian Rogler.) Macher von „Sonnenbanner“ wie auch Verantwortlicher der „Deutsch-Irakischen

Freundschaft“ ist der Neonazi Michael See (Ex-FAP). See besuchte auch unlängst den österreichischen Neonazi Karl Polacek, kurz bevor dieser untertauchte, um sich einer drohenden Haftstrafe zu entziehen.

■ **Mainz** - In der aktuellen Juni-Ausgabe der „HNG-Nachrichten“ wird unter anderem die Verhehlung von Oliver Schweigert bekannt gegeben. Zusammen mit Kati und Ulf Bogisch heirateten Oliver und Stella Schweigert am symbolträchtigen 20. April. Schweigert war Kader der neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ und gehörte der Nationalen Alternative als Funktionär an.

■ **München** - Bei der diesjährigen DVU-Veranstaltung am 23. September in Passau wird nach Ankündigung der „National-Zeitung“ der Holocaust-Leugner David Irving zum Publikum über eine Großleinwand sprechen. Irving, der im April in London höchststrichterlich unter anderem als Antisemit und Pro-Nazi bezeichnet wurde, hat seit 1996 rechtskräftig in Deutschland Aufenthaltsverbot.

■ **Neckarsulm** - Der REP-Landtagsabgeordnete Alfred Dagenbach (52) hat im zweiten Versuch doch noch die Nominierung zur baden-württembergischen Landtagskandidatur im Wahlkreis Neckarsulm erreicht. Acht Mitglieder der Versammlung votierten für den Gärtnermeister Dagenbach, sechs für seine Gegenkandidatin, die stellvertretende REP-Landesvorsitzende Jutta Retz (61).

■ **Offenbach** - Eine Unterschriftenaktion mit dem Motto „Die Türkei den Türken, Europa den Europäern & Deutschland den Deutschen!“ haben der hessische REP-Landesverband und dessen Nachwuchsorganisation Republikanische Jugend gestartet. Verhindert werden soll die Aufnahme der Türkei in die EU („Die Türkei gehört nicht nach Europa!“). Ein EU-Beitritt der Türkei sei deshalb abzulehnen, da dann ein „Massenansturm von Türken nach Deutschland einsetzen“ werde und eine „weitere Islamisierung des Landes“ drohe. Der Aufruf wird unter anderen von der rechtsextremen Deutschland-Bewegung verbreitet.

■ **Plauen** - Bernd Grett, Fahrtschullehrer im sächsischen Plauen, einst Kader der rechtsterroristischen „NS-Kampfgruppe Großdeutschland“ und später Unterführer der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ im bayrischen Ingolstadt, zuletzt NPD-Landesvorstandsmitglied in Sachsen, ist aus der NPD

ausgetreten. Zuvor war gegen den „Sozialismus-Ideologen“ ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet worden. In einem Schreiben an Dieter Schütt, Herausgeber des monatlich erscheinenden Blättchens „Der Funke“, teilt Grett mit, dass in der NPD „kaum eine Spur einer vernünftigen ‘Streitkultur’“ herrsche, sondern stattdessen andere Meinungen abgewürgt werden. Laut Grett wache „eine kleine Funktionsriege im Vorstand ... darüber, dass nur ihnen konforme Ansichten publiziert werden“. Das Organ „Deutsche Stimme“ würde zum „Werbeträger von NS-Devotionalien missbraucht, um finanzielle Absicherung zum Lebensunterhalt der entsprechenden Funktionäre zu gewährleisten.“

■ **Schwarzenborn/Knüll** - Der Antisemit Horst Mahler wird von Manfred Roeder („Meine anfängliche Begeisterung für Ihr klares und mutiges Eintreten für die deutsche Sache weicht langsam einer zunehmenden Skepsis.“) in mehreren Schreiben heftig wegen dessen Liason mit Franz Schönhuber attackiert. Wer mit Schönhuber zusammenarbeite, so der Rechtsextremist Roeder, der zuletzt im Mai zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten Haft auf Bewährung wegen Volksverhetzung verurteilt wurde, „gehört zum System der Koscher-Konservativen, aber niemals zur nationalen Opposition.“ Roeder zu Mahler: „Sie und Schönhuber sind dabei, das Zusammenschweißen der heutigen Patrioten zu verhindern.“

■ **Stockstadt** - Der neonazistische „Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.“ veranstaltet unter konspirativen Umständen vom 15. bis 20. September unter dem Motto „Aufbruch zur geistig-seelischen Gesundung Deutschlands und Europas durch die Umwertung der Werte“ seine 24. Gästewoche. Geworben wird dafür in der vereinseigenen Vierteljahresschrift „Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“. Autor der aktuellen Ausgabe ist der in der JVA Münster einsitzende Holocaust-Leugner Erhard Kemper (alias „Germanicus“). Der am 14. Februar 1982 gegründete „Freundeskreis“ (Postanschrift in Stockstadt) ist personell nahezu identisch mit der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (DKG) und der „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur“. Führende Organisatoren früherer Gästewochen waren neben anderen: Peter Gmähle (NPD-Kader mit engen Kontakten zum österreichischen Neonazi-Führer Robert Dürr), Sascha Stein (Ex-Wiking-Jugend), Holger Steinbiß (ehemals Nationalistische Front), Axel Schunk (NPD-Funktionär, Ex-Wiking-Jugend) sowie Marianne Hochsieder vom Witikobund.

**Ausland**

■ **Großbritannien (London)** - Der britische Rechtsterrorist und Hitler-Verehrer David Copeland (24) wurde von einem Gericht in London wegen dreifachen Mordes und drei Sprengstoffanschlägen zu sechs mal lebenslänglicher Haft verurteilt. Copeland hatte im April 1999 aus Hass auf Homosexuelle und Menschen anderer Hautfarbe die Nagelbomben-Anschläge verübt. Angaben der britischen Wochenzeitung „Guardian Weekly“ zufolge war Copeland Mitglied der Neonazitruppe National Socialist Movement (NSM), die sich von Combat 18 abgespalten hat. Das Boulevardblatt „The Mirror“ enthüllte, dass Copeland zuvor eng mit der British National Party (BNP) liiert war. Ein Foto zeigt ihn bei einer Straßenschlacht dicht hinter dem damaligen BNP-Vorsitzenden John Tyndall. Traditionell gute Kontakte unterhalten NPD und ihre Jugendorganisation JN zur BNP.

■ **Österreich (Salzburg)** - Am 9. September findet in Salzburg-Itzling ein Divisionstreffen der ehemaligen 9. Panzerdivision und der 2. Panzerdivision statt. Nähere Auskünfte werden über eine Postfachadresse in Wien mitgeteilt. Geworben wird für das Treffen unter anderem in der österreichischen Monatszeitschrift „Eckartbote“.

■ **Spanien (Guardamar del Segura)** - Im spanischen Bezirk Alicante (Guardamar del Segura) residiert die Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer im Exil. Als Mitteilungsblatt dienen die „Ostdeutschen Informationen“ (odi), ein nach Bedarf erscheinendes, unscheinbares Blättchen. In der aktuellen Ausgabe wird gegen den geplanten EU-Beitritt Polens gehetzt („Polen - Risiko für die Europäische Union“). Kopf der revanchistischen Mini-Truppe ist Alois Bude, Autor in der Wochenzeitung „Der Schlesier“, in „Recht und Wahrheit“ und den „Staatsbriefen“.

■ **Spanien (Segobrida)** - Am 14./15. Juli findet, 80 km von Madrid entfernt, das „Arcana Europa Meeting“ statt, ein Festival mit einer limitierten Teilnehmerzahl von 1 500 Personen, für das die veranstaltenden Organisationen aus acht europäischen Ländern Kulturangebote aus unterschiedlichen Spektren anbieten. Für das Vorhaben sind auch kulturelle Fördermittel der EU zur Verfügung gestellt worden. Zu den Organisatoren gehört aus Deutschland die Gruppierung „Pagan Muzak“. Zwar taucht die ursprünglich angekündigte, stark mit der extremen Rechten verbundene Darkwave-

**Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt****Adresse:**

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 8  
 PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861  
 Heft 14-2000 / Abo 5292719000  
 Antifaschistisches Pressearchiv  
 und Bildungszentrum Berlin e. V.  
 Falkensteinstr. 46  
 10997 Berlin

Band „Sol Invictus“ (GB) nicht mehr im endgültigen Programm auf, doch ist weiterhin die ebenso stark mit dem Gothic von rechts verflochtene Band „Allerseelen“ angekündigt. Zu den veranstaltenden Gruppen zählt auch die litauische Organisation Romuva um Jonas Trinkunas, die nicht nur eine wichtige Rolle in der heidnischen Szene spielt, sondern enge Beziehungen zur europäischen „Neuen“ Rechten, besonders den Synergies Européenes, unterhält. Texco, Darkwave-Label und -Laden aus Düsseldorf, die inzwischen mit „Death in June“ eine der prominentesten Band des rechten Neofolk unter Vertrag haben, wird mit einem Stand beim Festival in Spanien vertreten sein.

**Impressum****Verlag:**

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH  
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

**Redaktion:**

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)  
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499  
 e-mail: nandlinger@bnr.de  
 Internet: <http://www.bnr.de>

**Kommentatoren:**

Ralf Bachmann (Berlin)  
 Heiner Lichtenstein (Köln)

**Satz und Gestaltung:**

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

**Herstellung:**

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20  
 38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement  
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und  
 -verbände sowie gemeinnützige Vereine zum  
 Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto